



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.
1886-1916
1902**

413 (5.9.1902) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-98364](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-98364)

General-Anzeiger



(Badische Volkszeitung.) der Stadt Mannheim und Umgebung. (Mannheimer Volksblatt.)

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2. Größte und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung. E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Abonnement:
Tägliche Ausgabe:
70 Pfennig monatlich.
Erste Ausgabe 20 Pf. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
aufschlag 24 Pf. 42 pro Quartal.
Preis-Nummer 5 Pf.
Für Sonntags-Ausgabe:
20 Pfennig monatlich,
inkl. Haus od. durch die Post 25 Pf.
Inserate:
Die Colonnen-Zeile . . . 20 Pf.
Answärtige Inserate . . . 25 "
Die Reklam-Zeile . . . 60 "

Telegramm-Adresse:
„Journal Mannheim“.
In der Postliste eingetragen
unter Nr. 2892.
Telephon: Direction und
Druckerei: Nr. 841
Redaktion: Nr. 877
Expedition: Nr. 218
Filiale: Nr. 815

Nr. 415.

Freitag, 5. September 1902.

(Abendblatt.)

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keinerlei Gewähr geleistet.

Aus dem Osten.

(Von unserm Korrespondenten.)

(Berlin, 4. September.)

Mehr als je werden jetzt durch die Posener Kaiserfeste die Blide nach dem preussischen Osten gelenkt, dessen wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse, so viel auch über sie besonders in den letzten 12 Jahren gesprochen und geschrieben worden, den Bewohnern des westlichen und südlichen Deutschland noch heute ziemlich fremd sein dürften. Am Wenigsten werden es Viele begreifen, daß das Deutschthum in den Provinzen Posen, Westpreußen und Ostpreußen, aber auch weiter nach Westen hin nur noch einen Kampf der Selbstverteidigung führt, und daß es keineswegs, trotz der Ansiedelungskommissionen, angriffsweife gegen andere Nationalitäten vorgeht. Ich sage „andere Nationalitäten“, denn es zeigen sich nationale Bestrebungen nicht bloß unter den Polen, obgleich diese im Vordergrund stehen und die gefährlichsten Gegner sind. Mit ihnen muß man sich deshalb auch vorzugsweise beschäftigen, wenn man die Zustände in den Schmarlen richtig beurtheilen will.

Als 1772 König Friedrich II. nach der ersten polnischen Theilung Westpreußen in Besitz nahm, war es ein Land ohne Recht und Recht, verwahrloset durch und durch. Der „Schlachzig“ und der „Storost“ herrschte, die Städte lagen in Trümmern und in den von ihren Bewohnern verlassen Straßen streiften Wölfe des Nachts umher. Die ungeheure Kulturarbeit des „Allen Freig“, der sofort eine „Kampagne“ von Schullehrern hinsichtlich Baumeister und andere Beamte, ist bekannt. Ungefähr ebenso ging es dann später in der heutigen Provinz Posen zu, dem ehemaligen „Großpolen“, dessen Landeshauptstadt bei der preussischen Besitzergreifung kaum noch 3000 Einwohner zählte. Mit vollem Recht hat jetzt der Kaiser zum Oberbürgermeister von Posen gesagt: „Was diese Stadt und dieses Land sind, verdanken sie der Arbeit der preussischen Könige.“ Die früher polnischen Landestheile, Posen wie Westpreußen, haben sich in der That wiederum zu hoher Blüthe entwickelt.

In der westpreussischen Weichselgegend findet man nicht nur eine, auch landschaftlich ausgezeichnete und sehr fruchtbare Gegend, die allerdings zwischen Schneidemühl und Dietrichau, besonders um das vielgenannte Kornitz herum, den Charakter der sandigen, sogenannten „Hundertzeile“ annimmt. Solche ist auch einem Theil von Posen eigen, aber diese Provinz bezieht außerdem höchst fruchtbar Striche der aus Mähren bis hierher sich erstreckenden „Schwarz-erde“, die ebenso ergiebig ist, wie die u. A. von Turgenjoff in seinem „Kaukas“ geschilderten sibirischen Bezirke. Da gedehnte Weizen wie Ruderräder in üppiger Frucht, und herrliche Wälder, die Saaten von Getreide der Naturfreude Auge. Schwer reich ist in diesem Genuß der Bauer. Indessen auch in weniger fruchtbaren Landstrichen, in denen natürlich Grund und Boden entsprechend billiger sind, kommt der fleißige und sparsame Mensch vorwärts. Den besten Beweis dafür liefern die Ansiedlungs-Kolonisten aus Rheinland, aus Baden und der Pfalz. Freilich vermischen sie schmerzhaft die Berge und Höhenzüge ihrer schönen Heimath in dem Flachland und empfinden sie zuerst schwerer das rauhe Klima. Aber auch die langen Winter mit ihren Schichtenfahrten auf dem knirschenden Schnee haben ihre Reize. Wein keltert sich die Leute als Geschäft, die Beerenfrüchte (der frühere Vizepräsident des Abgeordnetentages, Herr von Urnau-Doms, kelterte sogar jährlich einige Fässer Wein aus selbstgelegenen, zum Raucher vorzüglich schmeckenden Trauben, deren Saft er aber wohlweislich niemals selbst trank) und vor Allem: die Kolonisten fügen auf eigenem Grund und Boden und kommen vorwärts. Und wie auf dem Lande, so steht man auch in den Städten wirtschaftliches Wähen und Gedeihen. Mancherlei hat sich wohl noch erhalten, die altpolnischen Sitten und Gebräuche, besonders das schwere Trinken. Noch heute wird von den Gebildeten eher Ungarwein in Massen bestellt, dabei in Sorten und aus die- bandigen Literflaschen, die man anderwärts, selbst im Lande der Magyaren, ebenso wenig kennt, wie die Gewohnheit, zwischen 6 und 7 Uhr Abends eine Menge dieses edlen Saftes als Vorbereitung für weitere Thaten zu „genießigen“. Diese Landesbrauch haben sich auch viele Deutsche leider nur allzu schnell angeeignet.

Der ganze, ungeheure, wirtschaftliche Aufschwung ist in erster Linie den Polen zu Gute gekommen. Sie besitzen heute einen wohlhabenden, gebildeten Mittelstand, eine sogenannte „Intelligenz“, und diese ist der schlimmste Feind des Deutschthums. An einem wunderschönen Septembertag des Jahres 1889 frühstückte ich in Warschau mit einigen Kaufleuten, Schriftstellern und Ärzten. Die Herren entwickelten die echt polnische Liebenswürdigkeit, die schon so viele brave Deutsche bezauert hat. Zwischen jedem Gang ward ein Glas Pfirscher und ein Glas Sznobich (Zweischengeist) und eine Tasse schwarzer Kaffee getrunken, und dazu eine Cigarette geraucht. Und als der edle Ungar mit allem Anderen zusammen die Zungen gelöst hatte, da erklärte man offen: „Jetzt möchten wir nur so leben können, wie unsere Brüder in Preußen. Hätten wir das aber erreicht, so würden wir erst recht schreien und die Stellung der Polen in Galizien erstreben. Würden wir auch diese erreicht haben, so wäre unser Ziel: ein Königreich Polen.“ Ein Jahr später war Bismarck gestürzt, der neue Kurs machte Vieles verkehrt, als es der eiserne Kanzler gethan hatte, und dieselben Warschauer Herren jubelten. Gleichzeitig suchte damals

und noch lange nachher der polnische Hochadel zum Kriege in Petersburg und in Berlin zu treiben. Daß dieser Plan nicht gelang, ist ein unergänzendes Verdienst unseres Kaisers, dessen Friedensliebe durch persönliche Stimmungen niemals erschüttert werden konnte. Im Uebrigen aber ging die polenfreundliche Haltung unserer Regierung weiter, bis diese — Herr von Miquel an der Spitze — plötzlich ihr stramm preussisches, antipolnisches Herz entdeckte, nachdem der Kaiser seine berühmte Thorer Rede gehalten hatte. Den Kampf gegen das Deutschthum führt nun neben der Geistlichkeit, die in erster Linie das niedere Volk bearbeitet, der Mittelstand, der äußerst zielbewußt vorgeht, während der hohe Adel in den Hintergrund tritt.

Schon zu Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts stand es so schlimm, daß energische Deutsche, Domänenpächter, Kaufleute, in den Provinzen Posen und Westpreußen erklärten, sie müßten an der Zukunft verzweifeln und würden, wenn irgend möglich, sich bald ein neues Dasein im Westen des Reiches zu schaffen suchen. Der Pole ist zwar unterwürdig, aber rachsüchtig, heimtückisch und unzuverlässig. Gesellschaftlich kann er bezaubern, und seine Gafreundschaft steht der russischen gleich. Aber wie mancher Deutsche ist dadurch schon bitter getäuscht worden. Offiziere, die auf einem polnischen Schloß tagelang prächtig bewirthet wurden, begrüßten später den früheren Quartierherrn herzlich auf der Straße in Posen und waren dann höchst erstaunt, daß er hier — wo er nicht mehr Gäste vor sich hatte — plötzlich kein Wort deutsch konnte.

Mit dem Nichtverstehen des Deutschen ist es ja überhaupt eine eigene Sache. Unsere Gerichtshöfe wissen davon ein Lied zu singen. Dolmetscher ohne Ende werden von den edlen Polen verlangt, und wenn im Manöver ein polnischer Arbeiter den Truppen einen Weg zeigen soll, versteht er kein Wort, bis ihm handgreifliche Ermahnungen die Kenntniß des Deutschen wieder beibringen. Dann versucht er aber nicht selten, die Mannschaften irre zu führen. Bei alledem werden deutsche Bauern fortgesetzt mit Erfolg durch die Geistlichkeit polonisiert.

Und nun wird systematisch die Agitation auch in andere Gegenden getragen. Die polnischen Oberschleffer, die eine sehr verschiedene Sprache reden, das sogenannte „Wasserpolnisch“, sind mit solchem Erfolg bearbeitet worden, daß es heute sogar schon dem Centrum vor den Geißtern graut, die es gerufen hat. Aber man geht noch viel weiter. Die Wenden der königlich sächsischen Lausitz werden gleichfalls aufgeschwemmt. Freilich dreht es sich dabei vorläufig erst um ihre katholischen Mitglieder, die man von den sächsischen Brüdern in die Mache nehmen läßt, aber später wird man sich sicherlich auch an die Evangelischen wenden, in der Lausitz wie im Spreewald. Hat man doch sogar schon die Ration im südöstlichen Winkel von Ostpreußen aufzuheben versucht, obgleich diese eine ganze besondere, keineswegs polnische Sprache reden, sondern nur eine Abart, und evangelisch sind. Sitzer Tropfen höhlt den Stein, dachte man und fing an, das „Nationalitätsbewußtsein“ dieser gut preussischen, königstreuen, zufriedenen Leute zu erwecken. Endlich hat man sich selbst an die preussischen Litauer gemacht, die von den Polen grundverschieden sind und durchaus protestantisch und royalistisch.

Schließlich wird indessen hier wie anderwärts, und besonders in den polnischen Sprachgebieten, Alles auf die dauernde Haltung der Regierung ankommen. Die General-Kommissionen und die Ansiedelungskommissionen dürfen nicht nach Schema F. verfahren und durch ihre Ankäufe womöglich Polen unterstützen. Die Beamten müssen sich nicht streng in Kasen absondern von der übrigen deutschen Bevölkerung, sondern mit und in ihr leben. Der Dienst im Osten darf nicht als eine Art von Verbannung, sondern er muß als eine Auszeichnung betrachtet, aber dabei in Anbetracht der unseugbaren Schwierigkeiten und Opfer der Beamten diesen durch besondere wirtschaftliche Vortheile begehrenswerth gemacht werden. Das Alles kann und wird geschehen, sobald die Regierung nicht wieder anfängt, zu schwanken, sondern fest und unbeirrt auf dem in neuester Zeit eingeschlagenen Wege fortzuschreitet. Thut sie dies, ohne Furcht vor dem „regierenden“ Centrum, so werden auch die Beamten sie mit allen Kräften unterstützen, und wenn das der Eine oder Andere dort nicht thun sollte, so muß er rücksichtslos aus diesen Gebieten entfernt werden. Nur darf man dann nicht, wie im „Fall Köhning“, sich hinter Vorwände verstecken, sondern die polenfreundliche Haltung der Betreffenden offen als Grund für ihre Maßregelung von vornherein angeben. Damit wird man auch bei den Polen selbst am Besten kommen, die sich fügen, wenn sie eine feste Herrscherhand fühlen, aber ungebärdig werden, wie ein Pferd, wenn es merkt, daß im Sattel ein unsicherer Reiter sitzt. Unbedingte Gerechtigkeit, aber gleichzeitig unerbittliche Strenge allen „nationalen“ Bestrebungen und hochverrätherischen Tendenzen gegenüber — Hand in Hand damit muß natürlich die wirtschaftliche Hebung der Deutschen und die weitere Kolonisation gehen — sind die einzigen Mittel, die Polen zu wirklichen Preußen zu erzielen.

Daß die Regierung diese Sachlage erkannt hat und unerschütterlich dieses Verfahren anwenden wird, kann man jetzt als sicher betrachten, nach der hochfreudlichen Rede, die der Kaiser heute in Posen vor den Provinzial-

ständen hielt. Vorher hatte er, wie man weiß, in seinen Ansprachen jede politische Anspielung auf die inneren Verhältnisse der Provinz vermieden, zum Ersauern der Polen, denen nun die große Auszeichnung der russischen Offiziere, die starke Betonung der Freundschaft mit dem Zaren recht un bequem war. Heute kam es anders, und der Kaiser ließ, während er einen wohlwollenden, stellenweise fast herzlichen Ton anschlug, doch nicht den leisesten Zweifel über seine Anschauungen und Absichten. Er stellte der „treuen deutschen Bevölkerung“ zunächst mit wohl- erwogener Absicht die Arbeit der „Ordensritter — die Polen so verdächtigen — als Muster hin. Der „Fall Köhning“ veranlaßte ihn, dann weiter zu betonen, daß die Beamten ohne Zaubern seine Politik befolgen müßten. Das schöne Wort, Beamte und Volk müßten zusammen arbeiten, ward hier angeknüpft und wird sicherlich begeisterte Zustimmung finden. Dann kam der Monarch auf die Polen zu sprechen, die er bezeichnender Weise nicht Polen, sondern „Unterthanen nicht deutschen Stammes“ nannte. Im Gegensatz zu der Marienburger Rede verwies er jede Schärfe oder Drohung und drückte sich fast diplomatisch aus, indem er es nur „hief betrogte“, daß „ein Theil“ sich nur schwer in unsere Verhältnisse zu finden scheine.“ Behutsamer, wohlwollender konnte er nicht sprechen, und ebenso wohlwollend war auch seine Versicherung, daß ihnen ihr katholischer Glaube nicht angetastet werden solle, und daß ihre „Stammeseigentümlichkeiten und Ueberlieferungen“ nicht ausgelöscht werden sollten. Auf die Befürchtungen, die in diesen beiden Richtungen herrschten, schob er die Schuld des „Schwerts der Polen und Brandmarke die Heger mit dem Wort „Schwere Leute.“ Er vermied sorgsam die Bezeichnung „Polen“ und deutete mit keiner Silbe auf national-polnische Bestrebungen hin. Um so wichtiger aber war der Schluß der Rede, als er nachdrück- lich betonte, daß „alle Stämme“ brave Preußen seien, daß er „jetzt hier nur Preußen kenne.“ Diese Worte werden gewaltigen Eindruck machen. Jetzt darf man sicher sein, daß die Regierung mit Erfolg wirken, auf dem richtigen Weg fort- schreiten wird, die Polen werden sich dann fügen und einsehen, daß das unabänderlich ist, was der Kaiser als glänzenden, monumentalen Abschluß seiner Rede sagte: „Jetzt kenne ich hier nur Preußen. Die Provinz muß stets gut deutsch bleiben und unauf löslich mit Preußen verknüpft.“

Ueber den Beschäftigungsgrad im Metall- und Maschinengewerbe

wird uns von sachkundiger Seite geschrieben: Recht ungünstig hat sich seit Ende Mai der Beschäftigungsgrad im Metall- und Maschinengewerbe entwickelt. Damals hatte es den Anschein, als ob die Mehrzahl der Betriebe mit dem stark reduzierten Arbeiterbestand wieder voll arbeiten könnte. Aber inzwischen ist der Betriebsmangel wieder gestiegen und neue Entlassungen sowie Betriebsbeschränkungen waren und sind die Folgen. In den beiden süddeutschen Plätzen, Stuttgart und Mannheim, ist die Beschäftigung etwas weniger ungünstig. In Stuttgart arbeitet nur ein kleiner Theil verläßt, und in Mannheim sind die in Stellung befindlichen Metallarbeiter zur Zeit sogar voll beschäftigt. Allerdings sind die Ausschichten für die Wintermonate gerade in Mannheim vorläufig recht unerfreulich. Auch in diesem Jahre werden allgemeine Arbeitsverlängerungen eintreten müssen, um der Arbeitslosigkeit möglichst vorzubeugen. In der Aluminiumschläger-Branche in Schwabach ist für die nächste Zeit schon eine Vereinbarung zur Verkürzung der Arbeitszeit getroffen worden. Bis zum 12. Juli betrug die Arbeitszeit pro Woche 66 Stunden und der Durchschnittslohn für männliche Arbeiter 16, für weibliche 8 Mk. Die stark gedrückten Preise veranlassen nun die Meister, den Arbeitern eine entsprechende Herabsetzung der Lohnsätze vorzuschlagen. Gegen diesen Vorschlag wandte sich aber die Organisation der Arbeiter und nach längeren Verhandlungen wurde vereinbart, unter Aufrecht- erhaltung der bisherigen Lohnsätze die Arbeitszeit während der Dauer der schlechten Konjunktur auf 48 Stunden pro Woche herabzusetzen.

Deutsches Reich.

* Berlin, 4. Sept. (Der Kaiserin) ist, wie die Zeit- schrift „Ostasiens“ meldet, am 28. August vom hiesigen kaiserlich japanischen Gesandten Inouye im Auftrage der japanischen Kaiserin der japanischen Orden Holansho (Orden der Krone) überreicht worden. — Graf Inouye, der langjährige japanische Gesandte am Berliner Hofe, wird gegen den 20. September mit seiner Gemahlin von hier nach London reisen und Mitte November in Tokio eintreffen. Er wird wahrscheinlich nicht mehr als Gesandter nach Berlin zurückkehren. Es ver- laute, daß Herr Tsuzuki, Schwager des Gesandten Inouye, als dessen Nachfolger nach Berlin kommen wird.

— (Fraktionsberatungen). Am 16. ds. Mts. soll die Centrum-Fraktion des Reichstages zusamen- treten, um über die Stellungnahme ihrer Vertreter in der Roll-

tarifkommission bei der zweiten Lesung des Zolltarif-Entwurfs Beschluß zu fassen. Auch die beiden konservativen Fraktionen sind für diesen Tag zur Besprechung über den Zolltarif einberufen in der Erwartung, mit dem Centrum eine Einigung über den Zolltarif anzubahnen.

(Die neue Rechtschreibung) soll am 1. Jan. 1903 von den Beamten aller Behörden angewendet werden. Jeder Dienststelle sind die Regeln hierzu geliefert worden, beginnend in der nächsten Zeit geliefert werden, damit die Beamten Zeit haben, sich mit ihnen vertraut zu machen.

Ausland.

* Anstalt. (Am Jarenhose) herrscht nach Kopenhagenen Gerichten eine sehr gedrückte Stimmung. Ob der Jar on den großen Mandären bei Krest theilnimmt, ist fraglich geworden. Die Entscheidung hierüber wird erst dann gefällt werden, wenn die Jarisa vollständig außer Gefahr ist. Die Krankheit nimmt bisher den normalen Verlauf.

Aus Stadt und Land.

* Rammsheim, 5. September 1902.

IV. Kongress des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen.

* Rammsheim, 5. Sept.

Zu Beginn der heutigen ersten geschäftlichen Sitzung wurden zunächst die Berichte über die Abtheilungsarbeiten vorgelesen. Der Bericht über die Abtheilungsarbeiten des Verbandes. Die Sitzung hat bisher 8700 M. zur Unterstützung befähigter Besucher der Handelsschulen in Belgien und Baden bewilligt und damit außerordentlich gute Erfolge erzielt. Kommerzienrat Wissner-Berlin (Vorsitzender des Bundes der Handels- und Gewerbevereine) berichtete über die Arbeit der Abtheilung für Handelschulwesen. Derselbe behandelte eingehend die Frage der Handelsrealschule, welche sich eingehend mit der Frage der vorsehulischen durch die Arbeiten des Oberbürgermeisters von Mannheim, des Direktors Zimmermann-Kablung u. a. über die Reformbedürftigkeit des kaufmännischen Unterrichtswesens so weit gefaßt worden sei, daß heute die Idee einer solchen Handelsmittelschule in vielen Gegenden Deutschlands mit gutem Erfolge propagiert werde. So habe z. B. in Rammsheim die Eröffnung einer Handelsmittelschule bewirkt, die von Universitäts- und kaufmännischen Fachlehrern besetzt und mit dem einjährigen Lehrgang versehen sei. Auch in Köln habe man eine bezahlte Schule mit kaufmännischem Lehrplan eingerichtet und die Genehmigung der preussischen Regierung dafür erhalten. Ebenso sei Leipzig für eine ähnliche Realschule in Frankfurt a. M. die Genehmigung erteilt worden. Das gelte deutlich, daß der Gedanke einer solchen Schule sich vertieft habe und daß die Idee in den nächsten Jahren weitere Fortschritte machen werde. So seien ähnliche Schulen nach in Dortmund, Weihen (Obersch.) und Halle (S.) geplant. Die weitere Ausdehnung dieser Schulen ließe sich mit der Verechtigungsfrage, zu welcher der Kongress noch Stellung zu nehmen habe. Der Standpunkt der Abtheilung kommt in folgenden Leitsätzen zum Ausdruck:

- 1) Die 6-klassige Handelsrealschule bereitet die Schüler zu höherer Tätigkeit zu erziehen und demselben unter weitestgehender Berücksichtigung der Erfordernisse des kaufmännischen Berufes eine auf neusprachlich-geschichtlicher und mathematisch-naturwissenschaftlicher Grundlage beruhende höhere bürgerliche Bildung in dem Umfange zu gewähren, wie diese zur Erlangung der Berechtigung zum einjährigen Militärdienste erforderlich ist.
2) Die Handelsrealschule beruht auf allen Fächern in erster Linie die zur allgemeinen Bildung erforderlichen Gesichtspunkte, nebenher gleichmäßig diejenigen des kaufmännischen Praxis in Betracht kommen. Außerdem schaltet sie, soweit thunlich, besondere Fachabteilungen ein.
Die Abtheilung beschloß, den Stadtvorsetzungen die Errichtung solcher Schulen anzurathen und die Lehrpläne und Berechtigungsbestimmungen der schon bestehenden Schulen zu sammeln, um auf Grund derselben eine einheitliche Basis für das Handelsrealschulwesen zu schaffen. Weiterhin beschäftigte sich die Abtheilung mit der Frage, ob für Handelsrealschullehrer die kaufmännische Praxis notwendig sei, eine Frage, die wohl allgemein bejaht wurde. Ein Beschluß sei hierzu nicht gefaßt worden.

Den Bericht über die Abtheilung für die Ausbildung der weiblichen Angestellten erhaltete die Vorsitzende des Danziger Kaufmännischen Vereins, Fräulein Wrechner-Danzig. Der Abtheilung, die unter dem Vorsitz des Kommerzienrats Dr. Wenzel-Weipzig tagte, lag folgende Frage vor: Welche Schritte sind zu unternehmen, um die Gemeinden zu veranlassen, von dem Reiche des § 120 der Gesetzesordnung, betr. die Ausdehnung des Fortbildungsschulzwanges auf die weiblichen Angestellten Gebrauch zu machen?

Die Abtheilung behandelte, wie die Berichterstatterin ausführte, hauptsächlich die Art der Vor- und Ausbildung der jungen weiblichen Angestellten. Aus praktischen Erfahrungen unterricht der Mädchen ein, während von anderer Seite an Stelle der Fortbildungsschule mit Abendkursen eine gründliche theoretische Vorbildung mit Tageskursen verlangt wurde. Ein dritter Vorschlag war für Einführung einer praktischen Lehrzeit der Mädchen, wie sie bei den Anaben üblich ist, dann werde auch die Ueberfüllung des Berufes und damit der Preisdruck aufhören, weil viele Mädchen durch die dreijährige Lehrzeit zurückgeführt werden würden. Von Berlin aus wurde darauf hingewiesen, daß die Frau so lange die Preisdrückerin für den Mann bleibe, bis sie gleiche Ausbildung erhalte; dies Ziel streben die in stetig wachsender Zahl vorhandenen weiblichen Vereine an. Man müsse den Gemeinden im Einzelnen Rat zu machen suchen, daß sie sich selbst schädigen, wenn das männliche Kaufm. Personal durch die Unterbildung durch schlechter geschulte und darum schlechter bezahlte Frauenarbeit in ihrer Strenge geschädigt werde. Ein weiterer Redner zog die praktische Lehre der Fortbildungsschule vor, während der Vertreter der Reichlichen der Kaufmannschaft Berlin die Anschauung vertrat, daß gerade die kaufm. Lehre der Anaben sich gegenwärtig im Prozeß der Desorganisation befinde, und sich schwerlich wieder neu beleben noch auch für die Mädchen praktisch verwerten lassen werde. Er wünschte über die Sache die Anschauung eines mit weiblichem Personal arbeitenden Chlo zu hören, wozuf ein Herr aus Weipzig seine Erfahrungen mittheilte. Nicht mehr in der Lage, männliche Bedienstete auszuweisen, hätte er sehr gute Erfahrungen mit weiblichen Angestellten gemacht. Es sei wahrscheinlich, daß die Lehrzeit der Männer arbeitslos und im Allgemeinen die Fortanstellung der Mädchen eingeführt werde. Ein weiterer Redner theilte die gegenwärtige Anschauung aus Wroclaw mit, wo die Preisdrücke und der Kaufm. Verein beschaffen hätten, eine dreijährige Lehrzeit für Mädchen einzuführen. Eine Vertreterin der weiblichen Angestellten wünschte hauptsächlich für die Verkaufstinnen die Lehrzeit und die obligatorische Fortbildungsschule mit Tagesunterricht, die Mädchen würden gering sein durch Anstellung an die Anabenklassen. Wiederholt wurde auch darauf hingewiesen, daß die jungen Mädchen den Beruf nicht als Lebensaufgabe erfassen u. daß die Anaben der doch meistens einleitenden Verheirathung die Hilfe der Ausbildung vielfach vergebens gebeten sei. Ein Hamburger Vertreter hielt die Annahme, daß die gleiche Ausbildung dieser Geschlechter den Lebensdruck beseitigen werde, für eine völlig unbewiesene Theorie und erklärte sich daher dagegen.

Nachdem noch ein Berliner Herr die Hoffnung ausgesprochen hatte, daß eine bessere Ausbildung der Mädchen dazu beitragen würde, die Lohnfrage zu lösen, erklärte ein weiterer Redner es für irrtümlich, daß bessere Ausbildung bessere Entlohnung der Mädchen herbeiführen werde, sondern schlug vor, die Frauen müßten Berufsaussichten bilden, um bessere Entlohnungen zu erlangen. Die Diskussion habe sonach, wie die Berichterstatterin schließlich hervorhob, nur die verschiedenen Anschauungen über die Vorbildung der Frau im Handelsgewerbe wiedergegeben, zur Klärung der aufgeworfenen Fragen jedoch nicht beigetragen. Der Vorsitzende, Kommerzienrat Dr. Siegemann-Braunschw. bedauerte, daß man in der Abtheilung den Standpunkt des Verbandes, die Ausbildung der weiblichen Angestellten zu fördern, ohne die Frage, inwieweit die Frauenarbeit notwendig und berechtigt sei, zu erörtern, verlassen habe. Die Frauenarbeit sei nun einmal da, und man habe mit ihr zu rechnen. (Beifall.)

Hierauf sprach Prof. Dr. Wenzel-Braunschw. über die Verechtigungsfrage bei den Handelsschulen. Bei der gegenwärtigen Zerstückelung auf dem Gebiet der Verechtigungslehrens in Deutschland habe es wenig Wert, über diese Frage zu debattieren. Immerhin glaube er, die Forderungen des Verbandes in folgenden Thesen zum Ausdruck zu bringen: „Für das heutige Deutschland und für die weitere Entwicklung des Handelsunterrichts ist es erforderlich: 1) die gleiche Verechtigung aller Pflichten und die gleiche Verechtigung aller Pflichten höheren Schichten in den Schulen Deutschlands, in welchen sie noch nicht besteht, anzustreben; 2) im Besonderen der städtischen Handelsschule alle Rechte der städtischen Realschule (Realschule) und der städtischen Handelsschule alle Rechte des Realgymnasiums bezw. der städtischen Oberschule (Realschule) zu ertheilen.“

Der zweite Referent zum Thema, Realschuldirektor Loessl-Ludwigshafen, verbreitete sich speziell über die bayerischen Verhältnisse, worauf sich eine längere Debatte entspann. Im Laufe derselben gab Oberbürgermeister Wed. Mannheim einen Ueberblick über den Stand der Verechtigungsfrage in den einzelnen Ländern, während der Vertreter für Köln hervorhob, daß für Preußen eine Verechtigungsfrage bezüglich der städtischen Handelsschulen nicht existiere, da dieselben bereits die Verechtigung hätten. Ein Beschluß wurde mit Rücksicht auf die fast in jedem Bundesstaat anders gearteten Verhältnisse auf diesem Gebiete nicht gefaßt.

Am folgenden Punkt der Tagesordnung: Das Privat-Handelschulwesen in den verschiedenen Bundesstaaten und seine gesetzliche Regelung sprach Kommerzienrat Spindler Dr. Brandt-Düsseldorf. Das heutige Privat-Handelschulwesen habe große Mängel aufgewiesen. Wegen Unkenntnis entlassene Lehrer und Geistliche, ehemalige Bergarbeiter, Gärtner, Fabrikarbeiter etc. seien vielfach Leiter sogenannter „Handelschulen“, in denen den Schülern und Schülerinnen nicht nur ein hohes Maß abgenommen werde, sondern bei denen auch eine „Stellenvermittlung“ im Schwange sei, die allen Anforderungen Dohn spreche. In den meisten deutschen Staaten sei das Privat-Handelschulwesen gänzlich geregelt und infolgedessen hätten sich vielfach die größten Mängel ergeben. Unter Aufsicht einer Anzahl staatlicher Stellen, in denen die totale Ausbildung und die damit Hand in Hand gehende Verechtigung im Rahmen von Leitern solcher Anstalten in Düsseldorf, Essen, Berlin etc. konstatirt werden konnte, forderte der Redner ein staatliches Eingreifen, indem er folgende Resolution zur Annahme empfahl: „Der 4. Kongress des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen zu Rammsheim erkläre, daß auf dem Gebiete des privaten Handelsschulwesens so große Mängel bestehen, daß der Staat ordnend eingreifen verpflichtet ist. Da die vorhandenen gesetzlichen Handhaben in den deutschen Bundesstaaten sehr verschiedenen Inhalts, meist aber vollständig ungenügend zur Erreichung des gedachten Zweckes sind, würde die Ordnung der Verhältnisse in diesem Unterrichtsgebiete am besten einseitig für das Reich mit Hilfe der Gesetzgebung erfolgen, andernfalls auf Grund von Landesgesetzen für die Bundesstaaten. Die gesetzliche Regelung der Verhältnisse des privaten Handelsschulwesens hat zu umfassen das Konfessionsverbot bei der Errichtung einer privaten Handelsschule, sowie die Ueberwachung des Unterrichts bei den bestehenden Schulen. Im Einzelnen sind zu durchzuführen dieser Grundzüge folgende Forderungen aufzustellen: 1. Es müssen entsprechende Unterrichtsräume vorhanden sein. 2. Der Leiter und die Lehrkräfte privater Handelsschulen müssen den Anforderungen an die Lehrkräfte Privater Handelsschulen entsprechen. 3. Es muß ein Lehrplan und eine Stoffeintheilung vorhanden sein, die erkennen lassen, daß das angelegentlichste Ziel in der vorgezeichneten Zeit auch wirklich zu erreichen ist. 4. Die Zahl der Schüler muß in einem Verhältnis zu der Zahl der Schüler stehen. 5. Die Schulen unterliegen einer eingehenden, regelmäßigen Aufsicht, welche vom Staat unter Zuziehung von Kaufleuten ausgetübt wird. Die Wahl dieser Kaufleute erfolgt durch die Handelskammer. Die Schulaufsicht müßte sich auf folgende Punkte erstrecken: a) Räumlichkeiten, b) Einreichung der Schüler nach ihrer Vorbildung, c) Unterricht, d) Entlassungsprüfungen. Unterwirft sich ein Unternehmer diesen Bedingungen nicht, oder erfüllt er sie nicht, so ist die Genehmigung zur Fortführung der Anstalt zu verweigern resp. zurückzugeben. Angeachtet der Notwendigkeit eines solchen Vorgehens des Staates erkennt der Kongress in der Ausbreitung der obligatorischen Fortbildungsschulen und in der Angliederung von Unterrichtskursen für Handelsschulen an die verschiedenen Alters an die öffentlichen Fortbildungsschulen eines der wirksamsten Mittel zur Einengung des privaten Handelsschulwesens und damit zur Aufhebung seiner etwa hervorbreitenden schädlichen Wirkungen. Die mit den privaten Handelsschulen häufig verbundene Stellenvermittlung bedarf einer strengen Ueberwachung.“

In der Debatte beklagte Dr. Silbermann-Berlin, daß vornehmlich die weiblichen Angestellten unter dem Anwesen der Privat-Handelschulen zu leiden hätten. Anzu 1/2 der weiblichen kaufmännischen Angestellten gingen aus solchen „Pfeifen“ hervor und verfielen mit ihrer durchaus mangelhaften Vorbildung das weibliche Proletariat im deutschen Kaufmannstande. Auch Fräulein Wrechner-Danzig brachte bemerkenswerte Einzelheiten aus ihren Erfahrungen über einzelne Privat-Handelschulen zur Sprache, während auf der anderen Seite auch Stimmen laut wurden, die von gut geleiteten Schulen dieser Art berichteten. Die Verhandlung nahm schließlich mit allen gegen drei Stimmen den Leitsätzen des Referenten zu.

* Ueber die Jagdentleistung, welche sich am 2. September bei der Einfahrt eines Güterzuges in den Hauptbahnhof Basel ereignete, wird der „Bas. Jg.“ noch folgendes berichtet: Mit zwei Lokomotiven kam der Oberland der Illige Güterzug mit 28 Wagen in den Hauptbahnhof der badischen Bahn eingefahren. Der Zug bestand aus einem Durchfahrtszuge; er sollte in der Nacht ins Unterland befördert werden. Der Weichenwärter hatte offenbar im Drange der Geschäfte die Weichen zu stellen vergessen und dachte erst daran, als sich die erste Lokomotive bereits auf dem unrichtigen Geleise befand. Schnell wurde der Weichenhebel herangeworfen — aber zu spät. Die beiden Maschinen mit dem Tender wurden aus dem Geleise gezogen, blieben aber wie auch die beiden dicht hinter dem Lokomotiven folgenden Güterwagen völlig unbeschädigt. Bei den nun folgenden Wagen trat ein wahres Durcheinander. Ein Wagen erstickte ein Premier-Gabriel, in dem sich ein Premier befand. Die Rettung dieses Mannes wird als ein Wunder bezeichnet; einige kleinere Verletzungen sind nicht von Bedeutung. Außer diesem Premier sind keine Personen verletzt worden. Der Materialschaden wird die unermessliche Summe von 80 000 Mark nicht übersteigen. Gegenwärtig sind etwa 30 Arbeiter mit dem Begehrten der entsehten und beschädigten Wagen beschäftigt; sie waren schon während der ganzen verfloßenen Nacht beschäftigt. Die eine Maschine konnte

bereits gestern Abend wieder flott gemacht werden. Die Verkehrsstörungen waren bedeutend.

* Eine Spiritusexplosion ereignete sich gestern Abend in dem Keller des Herrn Kaufmann Kaufmann, Ecke der Rag- und Eggertstrasse, in Ludwigsbafen. Entgegen der ihm mitgetheilten Versicherung ging der 20 Jahre alte Hausknecht Karl Kalls mit der brennende Spirituslampe in den Keller, um Spiritus abzufüllen. Dabei brach er das offene Glas ziemlich nahe an die Lampe, und zu jeder, ob letztere bald voll ist. Die Folge dieser grenzenlosen Leidenschaft war eine Explosion, durch welche Kalls schwere Brandwunden an beiden Armen davontrug, sodas er mittelst Hals nach dem städt. Krankenhaus verbracht werden mußte. Die an die elektrische Leitung angehängte Lampe der 2. Kompagnie der Feuerwehre wurde gerufen und dämpfte rasch das entstandene Feuer.

Aus dem Großherzogthum.

* Weibsbild. 4. Sept. Wie die „Bad. Wdg.“ aus zuverlässiger Quelle hört, hat Landgerichtsrath Dr. Bauer in Heidelberg infolge der gehen auch von und abgedruckten „amtlichen Darstellung“ des Justizministeriums umgehend sein Gesuch um Entlassung aus dem amtlichen Dienste eingereicht.

* Weibsbild. 5. Sept. Heute Vormittag 10 1/2 Uhr verhängte die Sturmglode den Ausbruch eines Brandes. Aus bis jetzt nicht aufgeklärter Ursache entstand in dem Oekonomengebäude der Wirtschaft zum „Babischen Hof“, in der Hauptstrasse gelegen, Grohfeuer, das äußerst rasch um sich griff, durch die herbeigekommene Feuerwehre aber bis jetzt auf den Herd beschränkt werden konnte. Der Dachstuhl der Scheune und des ehemaligen Brauereigebäudes sind bereits eingestürzt, die Feuerlöscharbeiten dauern fort. Eigentümer des Brandobjekts ist Stadtrath und Großgrundbesitzer Weisbrod hier.

* Weibsbild. 4. Sept. Die Uebensichtanten des badischen und württembergischen Schatzkammer werden sich am nächsten Montag in Tübingen zu einer gemeinsamen Besprechung versammeln.

Geschäftliches.

* „Der Tag“ (Illustrirte Zeitung) von Freitag, 5. September, enthält: Das Recht am eigenen Bild in amerikanischer Beleuchtung. — Kubanisches. — Kolonialpolitik und ihre Ziele. — Offiziere geortler Klasse. — Der Tenth der Politik. — Intimes Theater. — Florent's „Martha“. — Gork's „Meinbürger“. — Kloten-Rundschau. — Die „Illustrirte Unterhaltungs-Beilage“ enthält: Sittenkämpfe. — Das höchste Gut (Roman-Fortsetzung). — Delorette Amerikaner. — Bilder vom Tage: Die Platenmandate in der Danziger Wucht. — Die Jasin im Kreise ihrer Kinder. — Der Regierungspräsident von Niederbayern. — Charles Schimbolle f. — Hamburger Blumentorso.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Privat-Telegramme des „General-Anzeigers“.

* Essen, 5. Sept. 200 Mitglieder des Iron- und Steelinstitutes trafen heute zum Besuch der Krupp'schen Fabrik ein. Sie beabsichtigen das Vangerplassenwerk, das Martinstahl und die Kanonen- und Kesselfabrikanten.

* Berlin, 5. Sept. Reichstagsler Graf Bülow ist aus Polen wieder hier eingetroffen.

* Berlin, 5. Sept. Lord Roberts, Kriegsminister Brodrid und die Generale Kelly-Kenny, French und Jon Hamilton trafen heute Vormittag hier ein.

* Berlin, 5. Sept. (Frankf. Jg.) Aus Petersburg meldet das „Tagbl.“: Aus dem Gefängnis in Siew sind vorgeführt 11 sehr wichtige politische Verbrecher ausgebrochen. Nachdem sie beim Mittagspaziergange auf dem Gefängnishofe dem Wächter eine Tasse über den Kopf geworfen hätten, sind sie an einem ihnen von außen zugeworfenen Strid über die Mauer geklettert und entflohen. Bisher waren alle Nachforschungen vergeblich.

* Dresden, 5. Sept. Zum Kommandeur der ersten sächsischen Infanteriedivision Nr. 23, welche bisher Kronprinz Friedrich August befehligte, ist der Generaladjutant des Königs, Generalleutnant Broicem ernannt; zum Generaladjutanten der Generalmajor Deiss.

* Jülich, 5. Sept. (Frankf. Jg.) Großkapitän Rudolf Schüller aus Jülich (Rheinland), Chef des Hauses Schüller u. Co., Namenspinnerer, früher lange Jahre Kunst des Deutschen Reiches, ist 79 Jahre alt gestorben.

* London, 5. Sept. Laut endgültiger Feststellung sind bei der Explosion der Kohlengrube bei Tredegar 14 Personen umgelommen und 21 verletzt.

Der Kaiser in Polen.

* Posen, 5. Sept. Ueber den Besuch der Kaiserin in der katholischen Krankenanstalt der Warmbergschen Schwestern wird noch bekannt: Erzbischof Dr. von Stabilewski beehrte die Kaiserin am Eingange des Hauses und geleitete sie mit der aus Kilm eingetroffenen Generaloberin in den Saal. Der Erzbischof sprach hier seinen Dank aus für den Besuch der Kaiserin, die in hingebender Liebe für alle ihre Landesfinder ein Vorbild im Dienste des Heilandes sei und deren Thätigkeit von allen mit tiefstem Dank empfunden werden müßte. Als die Kaiserin nach längerem Aufenthalt das Krankenhaus verließ, verabschiedete sich der Erzbischof mit den Worten des tiefsten Dankes.

Abreise des Kaiserpaars von Polen.

* Posen, 5. Sept. Kurz nach 12 Uhr begab sich der Kaiser, die Kaiserin, der Kronprinz und die sonstigen fürstlichen Gäste nach dem Bahnhof, um in Sonderzügen nach dem neuen Palais zu fahren, wo das kaiserliche Paar die Nacht zubringen gedenkt. Der Wagen des Kaisers war von einer Eskorte reitender Jäger begleitet. Auf den Straßen hatte sich eine gewaltige Menschenmenge aufgestellt; ebenso war die Haupttribüne am Berliner Thor dicht besetzt. Der Kaiser und die Kaiserin wurden allenthalben mit jubelnden Zurufen fröhlich begrüßt.

Rudolf Virchow f.

* Berlin, 5. Sept. Prof. Rudolf Virchow ist heute Nachmittag 2 Uhr gestorben.

Rudolf Virchow war am 13. Oktober 1821 zu Schivelbein im Pommeren geboren, hat also ein Alter von fast 81 Jahren erreicht. Virchow studierte in Berlin Medizin und war seit 1846 als Professor an der Charité thätig. Hier begann er seine pathologischen Forschungen, die er im Verein mit seinem Freunde Reinhardt eifrig betrieb und im Archiv für pathologische Anatomie und Histologie, veröffentlichte. Nach Reinhardt's Tode gab er dieses allein heraus. 1847 habilitirte er sich an der Berliner Universität, folgte im Herbst 1849 einem Ruf nach Würzburg als ordentlicher Professor und ward hier bald einer der hervorragendsten Lehrer der sogen. Würzburger Schule. In demselben Jahre stellte er gewissermaßen ein Programm seiner wissenschaftlichen Tendenz in der Schrift auf über die Einheitsbestrebungen in der wissenschaftlichen Medizin. Bereits im Jahre 1856 wurde er wieder als ordentlicher Professor nach Berlin zurückberufen, wo ihn die Dankschrift des für ihn neu gegründeten

